



Nein zu 18 Wochen Elternurlaub für beide und zur Seniorenkrankenkassenprämie

Die Forderungen der Familienpolitiker und -politikerinnen von links bis rechts werden immer lauter. Alle, die keine oder bereits erwachsene Kinder haben, sollen sich noch mehr an den Kosten der Familien beteiligen. Es klingt manchmal so, als würde die Gesellschaft gar nichts tun, was Kindern, Müttern und Vätern zugutekäme. Dabei ist das eine ganze Menge.

Fangen wir bei der Bildung an, die selbstverständlich von allen getragen wird. Die Beteiligung an diesen Kosten stellt wohl kaum jemand in Frage. Es folgen das Gesundheitswesen mit den Prämienverbilligungen, Kinderzulagen für Eltern, Kita-Anschubfinanzierungen in Millionenhöhe, die der Staat die letzten Jahre geleistet hat, Altersrenten für nichtberufstätige Ehefrauen, Hinterlassenenrenten, die ebenfalls von kinderlosen Unverheirateten mitfinanziert werden, Steuerentlastungen (fast die Hälfte der Familien bezahlt keine direkten Bundessteuern, jedoch die Mehrheit der Kinderlosen), Ergänzungsleistungen (z.B. Kleinkinder- und Integrationszulagen) und Betreuungsgutscheften.

18 Wochen Elternurlaub für beide?

Nun fordert eine überparteiliche Allianz, die bezahlte Elternzeit für beide Elternteile auf 18 Wochen auszuweiten. Ein 14-wöchiger Mutterschaftsurlaub besteht schon länger und der Vaterschaftsurlaub wurde erst kürzlich eingeführt. Dieser wird nicht einmal von allen Vätern eingefordert. Wieso soll er jetzt verlängert werden? Die Initianten argumentieren mit der gleichbe-

rechtigten Verantwortung für beide Elternteile sowie dem positiven Effekt auf die Erwerbstätigkeit der Mütter. Wie viel eine weitere Finanzspritze die Erwerbstätigkeit von Müttern erhöhen würde, sei dahingestellt. Es gibt genügend Untersuchungen, die belegen, dass es viele Mütter gibt, die gar nicht oder nicht früher in den Beruf zurückkehren wollen. Entweder «lohnt» es sich nicht wegen der Steuern oder – und das ist völlig legitim – sie wollen einfach lieber mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen. Das ist eine freie Entscheidung, muss aber nicht von jenen finanziert werden, die ein anderes Lebensmodell gewählt haben

Wie würde sich die Einführung einer Altersklasse «Seniorinnen und Senioren» im KVG auswirken?

Diese Frage möchte FDP-Nationalrat Philippe Nantermod aus dem Wallis geklärt haben. Er hat eine entsprechende Interpellation eingereicht.

Eine höhere Krankenkassenprämie für Senioren und Seniorinnen einzuführen, wäre eine neue Ungerechtigkeit gegenüber jenen Personen, die jahrzehntelang Solidaritätsbeiträge für Familien geleistet haben, insbesondere unverheiratete und kinderlose Personen. Könnte es sein, dass eine allfällige Seniorenprämie die Antwort auf die Einführung der 13. AHV-Rente ist? Falls ja, ist das der falsche Weg. Es wäre sinnvoller, in Zukunft effizienter gegen die Ausweitung der Sozialversicherungsleistungen im Giesskannensystem anzukämpfen. Wir brauchen Lösungen, die dort unterstützen, wo es nötig ist.

Sylvia Locher, Präsidentin Pro Single Schweiz



frauenplus Baselland geht online

Das Infoblatt Herbst 2025 wird erstmalig nur noch digital versendet.

Wer sich für unseren neuen Newsletter interessiert, kann ein E-Mail auf baselland@frauenplus.ch senden mit dem Betreff «Newsletter».

Der Vorstand frauenplus Baselland